

Freie Presse

Anzeigenpreis: Die siebengesparte Nonpareilzeile 40 Pf. — Ausland 50 Pf.
Die viergesparte Reklame-Plättzeile 2 Mt. — Für Plakatdrucke Sondertarif

Zeitungspreis: Die Zeitung erscheint täglich morgens. Montag: mittags. Sie kostet
in Lodz und Umgegend wöchentlich 1 Mark 25 Pfennige, monatlich 5.— Mark

Nr. 43

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Lodz, Petrikauer Straße 86

2. Jahrgang

Polen und Deutschland.

Eine deutsche Erklärung.

Berlin, 12. Februar (P. A. T.).

Das Wolfsbüro meldet: In Beantwortung der Note, die am 3. Februar von General Ruhant im Namen des Marshalls Koch der deutschen Waffenstillstandskommission mit der Mitteilung über die Entsendung einer Ententemission nach Polen überreicht wurde, erklärte die deutsche Regierung:

Die deutsche Regierung nimmt mit Beschiedigung zur Kenntnis, daß die Ententemächte eine Mission nach Polen schicken wollen, um dort alle Unordnung nach Möglichkeit zu beseitigen und die polnischen Behörden zu bewegen, Gewalttätigkeiten deutschen Truppen gegenüber zu vermeiden. Die deutsche Regierung wird alle Anordnungen treffen, um die Durchreise der Kommission zu sichern, sobald sie Mitteilung über den Termin der Reise erhalten wird. Dagegen liegt es durchaus nicht in der Absicht der deutschen Regierung, über den Rahmen und die Bedingungen hinauszugehen, die Deutschland von der Entente auferlegt worden sind. Die deutsche Regierung meint, daß die erwähnte Mission ihre Tätigkeit auf die Gebiete beschränken wird, die außerhalb der durch den Waffenstillstand bestimmten Grenzen liegen. Die Ausübung der Oberherrschaft innerhalb der erwähnten Grenzen ist ausschließlich Sache der deutschen Regierung. Die deutsche Regierung kann daher den Vertretern anderer Staaten gewisse Berechtigungen zuerkennen, wenn sie sich hierzu durch einen speziellen Vertrag verpflichtet.

Die deutsche Regierung kann aber innerhalb der Staatsgrenzen keine polnischen Behörden anerkennen, die ein unabhängiges politisches Leben begonnen haben. Sie ist der Meinung, daß sie sich nur an die Verpflichtungen halten muss, die sie gegenüber den unzweifelhaft von einer polnischen Mehrheit bewohnten Gebieten hat, und dies im Sinne des Wilsonschen Programms. Die deutsche Regierung kann nicht dulden, daß deutsche Untertanen polnischer Abstammung nach der gewaltsamen Losreihung deutscher Gebiete vom Deutschen Reich streben. Ihrerseits beabsichtigte die deutsche Regierung niemals, unter Anwendung von Macht gewaltätig gegen die deutschen Untertanen polnischer Abstammung aufzutreten.

Es ist eine bekannte Tatsache, daß die polnischen Bewohner der preußischen Provinz nach Bruch des Eides die Waffen gegen den deutschen Staat gerichtet und die Staatsbehörden besiegt haben. Gegen eine derart aufrührerische Handlungswise muß die deutsche Regierung sich Freiheit des Handelns wahren, bis die bewaffneten polnischen Formationen sich aus den deutschen Gebieten zurückziehen werden.

Über die endgültige Zugehörigkeit der Gebiete, die Marshall Koch „Das deutsche Polen“ nannte, wird erst der Friedenskongress entscheiden.

Zenstochau, 12. Februar. (P. A. T.) Die französisch-englische Mission mit General Barthélémy an der Spitze erwartet hier die Ankunft der Mission unter der Führung Noulens, um sich mit ihr zu vereinen. Beide Missionen werden heute gegen 11 Uhr vormittags in Warschau eintreffen.

Das Ende der Bolschewiki-herrschaft bevorstehend?

Judentheilige Stimmung in Russland.

Berlin, 12. Februar (P. A. T.).

Die Feindschaft gegen die Juden in Russland, die dort 85% aller Staatsposten inne haben, wird immer größer. Es werden überall Judenpogrome, wie sie die Welt noch nicht gesehen, erwartet. Die Polizei, die die Haupt- und Provinzstädte restlos ausgeplündert haben, fallen jetzt über die Dörfer her, die sie mit hohen Kontributionen belasten. Wenn ein Dorf die aufgelegte Kontribution nicht entrichtet, erscheint sofort eine Strafexpedition, die im Falle der Weigerung das Dorf in einen Trümmer- und Aschenhaufen verwandelt. In Moskau wird überall das Ende der Bolschewiki-herrschaft erwartet. Unter der Landbevölkerung herrscht große Erbitterung.

„Ein gewöhnlicher Raubzug“.

Zürich, 12. Februar (P. A. T.).

Hier ist der ukrainische Gesandte Gustav Schulz, der in den nächsten Tagen nach Paris weiterreisen wird, eingetroffen. Schulz hat erklärt, daß der Krieg der Bolschewisten mit der Ukraine ein gewöhnlicher Raubzug nach Russland sei. Die europäischen Mächte hätten die Gefahr, die der Bolschewismus für sie und die Welt sei, noch nicht erfaßt.

Die Aufgabe des Völkerbundes.

Asquith über neue Kriegsgefahren.

Die Deftlichkeit in England beschäftigt sich angelegentlich mit der Röde, die Asquith in der Albert Hall vor der Brüderchaftsvereinigung über den Völkerbund gehalten hat. Er sagte u. a.:

„Von keinem Staat wird verlangt oder sollte verlangt werden, daß es seine Verantwortlichkeit opfere, aber unter dieser Voraussetzung muß der Völkerbund als legitime und bestimmte Autorität sowohl bei internationalen Zwischen- wie bei den ebenso wichtigen internationalen Verabredungen gelten. Das ist nur möglich, wenn die Verlückung, Kriege zu führen, durch Aufhebung der Dienstpflicht gebannt wird. Dazu muß die Fabrikation, Lieferung und der Transport von Rüstungsmaterial ebenfalls beaufsichtigt werden.“ In diesem Punkte ist Asquith wieder mit seinem Freunde, dem General Smuts, einig. Ebenso hält er von außerordentlicher Wichtigkeit die Beaufsichtigung und Unterstützung der freien Entwicklung solcher Gebiete und Völker, denen noch nicht die Bestimmung ihrer eigenen Zukunft überlassen werden kann. Zur Durchführung dieses Programms hält Asquith wirtschaftliche und moralische Mittel für wirkungsvoller als blutige. Asquith wandte sich dann mit großer Schärfe gegen diejenigen, die an die Durchführbarkeit dieser Pläne in ihrem Herzen nicht glauben.

„Solche Leute sollten sich nur einmal vorstellen, daß der Völkerbund die Aufgaben, für die er geschaffen werden soll, nicht leisten könne. Was kann dann den Völkerbund erzeigen? Nichts. Das alte System ist zusammengebrochen. Der Krieg ist die endgültige Erklärung seines Bankrotts. Angenommen, daß die Nationen ihr Leben in unregelmäßigem Wettbewerb fortentwickeln, bestimmt durch Ehrgeiz und Nachdrift, mit den zugehörigen Instrumenten zur See, zu Land und in der Luft, wie wird dann die Welt funfundzwanzig Jahre später aussehen, wenn eine neue Generation sich im Wettbewerb um internationale Bedeutung verschwendet hat? Die Erfahrungen dieses Krieges sollten uns genug lehren. Sie haben alle Erwartungen übertritten. Aber für den nächsten Zusammenbruch sind noch zwei neue Faktoren wichtig: erstens die ganz unberechenbare Wirkung der Einspannung der Wissenschaft an den Zerstörungswagen. Die Wissenschaft hat in diesen Fragen noch nicht ihr legitimes Wort gesagt. Vielmehr muß man sich gestehen, daß sie nur gerade das Alphabet der Vernichtung gestottert hat. Nähme sie, anstatt dem Nutzen der Menschheit zu dienen, weitere zwanzig Jahre den Weg, den sie die letzten vier Jahre genommen hat, dann ist es schon besser, für möglichst schnelles Ereignisbrechen der Eiszeit zu beten. Viel besser ist ein Planet, auf dem das menschliche Leben aus physischen Gründen unmöglich geworden ist, als ein Planet, auf dem die Menschheit zu einer Form organisierten Selbstmords degeneriert ist.“

Asquith sagte weiter, daß ohne den Völkerbund der Weltfrieden in den kommenden Jahren viel gefährlicher sei als vor dem Krieg. Von den sechs großen Mächten, die Politik bestimmten, seien nur drei unerschüttert. Gegenwärtig seien Deutschland, Österreich und Russland nur geographische Begriffe. „Nur ein ausgemachter Tod“, sagte er, „kann ihnen ihre Zukunft voraussagen.“ Aber erstens werden sie niemals wieder unter einem autokratischen Haupt ihre Macht in den internationalen Beziehungen entfalten können, gleichgültig, was mit der inneren Politik dieser Staaten geschieht, zweitens sehen wir, daß ungeachtet der einzigsten Tendenzen in Europa eine Anzahl neuer Mitglieder in dem europäischen Haushalt eintreten. Wir treten aber keineswegs nun in das tausendjährige Reich ein. Je mehr Staaten, je mehr Angriffspunkte, und also je mehr mögliche Zusammenstöße. Nur ein Mittel gegen diese neuen Gefahren gibt es, den Völkerbund.“

Dann wies Asquith mit großem Ernst darauf hin, daß die gewohnten Vorstellungen über soziale Verhältnisse durch den Krieg tief erschüttert seien. Man müsse sich an den Gedanken gewöhnen, daß diese „Konventionen“ in allen Klassen ihre bindende Kraft verloren haben. Nichts sei so wichtig als die Gesinnung, in der diese neue Entwicklung behandelt werde. Bloße Zurückdrängung könne nicht genügen. „Wir brauchen eine Liga der Klassen, sie mag dem Durchschnittsrecht so utopisch erscheinen, wie die Liga der Nationen vor wenigen Jahren noch erschien. Wir müssen mit den Tatsachen in Füllung bleiben. Wir müssen zusehen, daß wir dauernde Bande um die menschliche Brüderlichkeit schlingen.“ Die letztere Bemerkung Asquiths bezieht sich auf die Bestrebungen, eine internationale Arbeitervertretung beim Völkerbund zu schaffen. Asquith scheint der Ansicht zu sein, daß es auch andere Klassenvertretungen beim Völkerbund geben kann.

Wilson über die Freiheit der Meere.

Der „Morning Post“ zufolge haben Wilson und seine Mitarbeiter die amerikanische Auffassung von der Freiheit der Meere, die der Friedenskonferenz unterbreitet werden soll, folgendermaßen formuliert:

1. Keine Nation soll eine so große Flotte besitzen, daß sie imstande wäre, die Kontrolle über die Meere allein auszuüben;

2. die Kriegsregeln sollen während eines Krieges nicht geändert werden;

3. jede Nation, gleichviel ob kriegsführend oder neutral, soll für die Einhaltung der zur See geltenden Regeln in Kriegszeiten streng verantwortlich gemacht werden;

4. der Begriff „Ban war“ soll in Friedenszeiten genau bestimmt werden, und kein neutrales Land soll Bannware verschiffen, noch sollen Schiffe neutraler Länder versuchen, eine von einem kriegsführenden Land errichtete Blockade zu brechen;

5. die Benutzung von U-Booten soll eingeschränkt oder noch besser ganz verboten werden.

Den „Times“ vom 5. Februar wird von ihrem politischen Mitarbeiter in Paris vom 4. Februar gemeldet, daß die Blockadefrage mehr und mehr in den Vordergrund rückt und während der nächsten Wochen vermutlich den größten Teil der Aufmerksamkeit der Konferenz und der Waffenstillstandskommission in Anspruch nehmen wird. Es besteht eine starke Strömung zugunsten einer Lösung dieser Frage in der Weise, „daß die Blockadeausrüstung in eine Maschinerie für die Konzessionierung der Einfuhr nach feindlichen Ländern verwandelt wird.“ Jedenfalls sei eines klar, je stärker der Völkerbund gemacht werde und je mehr die Deutschen zu der Erfahrung gewonnen würden, daß die Demokratien der Großmächte entschlossen seien, den Völkerbund zu unterstützen, um so leichter werde es sein, die vom Krieg hinterlassenen politischen Probleme in erträglicher Weise zu regeln, und auch die Handels- und Finanzverhältnisse in der Welt in solcher Weise neu einzurichten, daß dadurch die vom Krieg hinterlassenen Würden auf beiden Seiten des Atlantischen Ozeans auf das Mindestmaß herabgesetzt werden.

Ein deutscher Hilferuf an alle Völker.

Wolfsbüro meldet aus Berlin: Der „Volksbund zum Schutz der deutschen Kriegs- und Zivilgefangenen“ sendet durch die Funksprachstation Nauen folgenden Hilferuf:

„An alle Völker der Erde!“

Der Krieg ist beendet. Das deutsche Volk hat weder den Willen noch die Macht, ihn wieder aufzunehmen. Das deutsche Volk will Völkerfrieden, Völkerfreiheit, Völkerversöhnung. Der Hass, der die Welt vergiftet hat, soll verschwinden. Aber noch droht dem neuen Menschheitsideal eine furchtbare Gefahr. In der Geburtsstunde des Völkerbundes werden 300.000 deutsche Kriegs- und Zivilgefangene ohne Fristsetzung ihrer Heimat vorliegen. Kriegsgefangenschaft nach Kriegsende ist Sklaverei! Sklaverei ist Vergewaltigung der Menschlichkeit und des Völkerrechts! Unauslöschlicher Hass ist die Frucht, die daraus erwachsen muß. Das deutsche Volk verlangt, daß die Gerechtigkeit, die Willen der Welt verkündigt hat, auch uns widerspreche. Das deutsche Volk wird niemals einen Frieden er dulden, der seine nationale Ehre mit Füßen tritt. Im Namen der Menschlichkeit wendet es sich an das Gewissen der Welt. Im Namen der Gerechtigkeit fordert es: „Gebt uns unsere gefangenen Brüder wieder!“

Zur Lage.

Lodz, 12. Februar.

Das Chaos, das nach Einführung der Feindseligkeiten auf dem festländischen Kriegsschauplatz in Mitteleuropa Einzug gehalten, verdüstert nach wie vor jeden Ausblick in die Zukunft, von der doch die gesamte Menschheit ihr Heil erhoffen sollte. Der Pessimismus, der in Stadt und Land sich aller Stände bemächtigt, füllt immer tiefere Burgen, und nur gering ist besonders in Lodz die Gemeinde derer, die den Glauben an eine baldige günstige Wendung der Dinge noch nicht ganz aufgegeben haben.

Von der Regelung der allgemein staatlichen Verhältnisse in dem verarmten und zerstörten Europa hängt so sehr die künftige politische und wirtschaftliche Gestaltung der jungen polnischen Republik und damit zugleich das abermalige Empörblühen der Stadt Lodz ab, des einstigen politischen Manchesters, welches indes der Hilfe von außen so sehr bedarf, daß lokale Hilfsorganisationen zur Wiedereinleitung des industriellen Großbetriebs einer wahren Danaidenarbeit gleichen. Überstreichende Tiraden und Versprechen fruchten aber nichts, sie wiegen unser Volk, das sich schon längst vergeblich hinauszieht aus seiner namenlosen Mutter, in trügerische Hoffnung und lähmen seine in früheren Zeiten so glänzend bewährte Energie und Schaffensfreudigkeit.

Diese Hilfe von außen für unsere durch den Krieg ruinierte Stadt ist zunächst nach einer genaueren Klärung der gegenwärtig noch unbeständigen politischen Lage Polens und des gesamten Mitteleuropas möglich. Es unterliegt keinem Zweifel, daß unsere Regierung, der eine rasche Wiederherstellung normaler Zustände ebenso erwünscht ist wie jedem rechtlich denkenden ernsten Bürger, während ihrer erst dreimonatigen Selbständigkeit alles unternommen hat, um der Republik seitens der ihr befreundeten Koalitionsmächte weitgehendste Zugeständnisse in Bezug auf Verborgung mit Rohstoffen für die Textilindustrie Polens und überseeischer Nahrungsmittelein u. a. m. auch für die Zukunft zu sichern. Bedeutende Schwierigkeiten, an deren Behebung zu Wasser und zu Lande siebenhaft gearbeitet wird, machen naturgemäß eine alle notleidenden Staaten Europas befriedigende Hilfe nicht durchführbar, umso mehr als hinreichende Transportmöglichkeiten insbesondere in den vom Krieg in Mitteleuropa gezogenen Ländern derzeit nicht vorhanden sind.

Diese auch durch die Jahreszeit wesentlich bedingte Erschwerung der Einfuhr, auf die wir seit August 1914 verzichten mußten, blieb nicht ohne Einfluß auf die allgemeine Stimmung, die unter der Lodzer Bevölkerung ihre pessimistische Note beibehält. Der Niedergang unserer großartigen Industrie, die Verarmung und Unfreiheit der Einwohnerschaft während des verhängnisvollen Krieges, die nervenaufreisenden Begleiterscheinungen der Übergangszeit, die stetig zunehmende Arbeitslosigkeit, nicht in leichter Linie der oft ins Uferlose sich verlaufenden Parteihaber, — das sind wohl die unergieblichen Merkmale der Niedergeschlagenheit, die gegenwärtig in Lodz und anderwärts die bürgerlichen Kreise heimsucht.

Aus diesem Chaos müssen wir aber heraus, es sei denn, daß statt Wiederbelebung der kulturellen und ethischen Werte, Verbesserung der Lebensbedingungen und Konsolidierung des demokratischen Gefüges des polnischen Staates bei uns bolschewistische Tendenzen Einzug halten, die unsere Leiden nur vermehren würden. Dem Himmel sei Dank: in unserem Lande erblüht dem russischen Fanatismus keine Zukunft, er scheitert an den Vernunftquadranten Polens und artet im eigenen Heimatlande, nachdem er seinen Zenith erreicht hat, in zügellosen Nihilismus und Anarchismus aus, um allmählich einer gesunderen Weltanarchie zu weichen. Wir wollen nicht, wie der Russe, aus einem Extrem in das andere verfallen, wir wollen nicht die Seele unseres aufblühenden Geschlechts mit wahnwitzigen nihilistischen Ideen und Lehren vergiften. Die Zeit imperialistischer Großbestrebungen ist vorüber, aber jedem gesitteten Europäer muß der Minoritätenterror zuwider sein, der Russlands Grundgesetze zum vollends erschüttert.

Der unverdorbenen Bürgersinn der Nationen, die das weite Land der Piasaten und Zagellen besiedeln, bewährt sich auch jetzt in seiner ganzen Frische. Jeder Bürger Polens liegt eine glückliche Gestaltung der jungen Republik noch innen und außen am Herzen, jeder Bürger läßt nach geordneten Verhältnissen, nach der Möglichkeit, sic

zum Wohle seines Vaterlandes, in dem seine Wege gestanden und er aufgewachsen ist, zu bestätigen und wiedenständig zu bleiben. Die demokratischen Prinzipien, auf denen die freie Republik Polen aufgebaut ist, verheissen jeden Bürger, ohne Rücksicht auf Volkstum, Muttersprache und Glaubensbekenntnis, volle Gleichberechtigung vor dem Gesetz. Und dieses verbriefte Recht duldet keine Deutseien, es ist unantastbar und die vornehmste Säule der republikanischen Staatsform. Was Polen in ihrer Rücksichtslosigkeit ihren Völkern gegenüber verschuldet haben, soll ausgemerzt werden durch die Verwirklichung der hohen freiheitlichen Ziele und Ideale, die jeder demokratischen Republik zur Rücksicht dienen. Nur durch Toleranz und Humanität können sich heutzutage Staaten erhalten — das entspricht dem cosmopolitischen Zuge der Zeit, der gerade jetzt in Wilsons Völkerrechtsideen zum Ausdruck kommt.

An der Spitze der Warschauer Zentralregierung stehen zwei Persönlichkeiten, die, aus der Mitte des Volkes hervorgegangen, mit jeder Faser ihres Herzens an ihrem Volk und ihrem schönen Vaterlande hängen. Sie lieben ihr Land und nach ihren Versicherungen wollen sie die Geschicke Polens und seiner Untertanen gemäß den hohen Überlieferungen der Zivilisation und den ernsten Anforderungen der Neuzeit, die sich in all ihren Erscheinungen von der Vergangenheit absondern will, leiten. Wir Deutschen Polens wünschen nur, daß nicht engherzige, vorurteilsvolle Elemente im Trüben fischen und durch Schürung von Hoh- und Böswilligkeit den Haufrieden stören und dadurch den wirtschaftlichen Aufbau des schwergeprüften Landes hemmen, der nur durch Zusammenschluß aller Völkersteile in die Wege geleitet werden kann.

Über die Aufgaben, die sich die Regierung zur Befestigung der Notlage in Lódz gestellt hat, verfügen wir über recht spärliche Nachrichten. Von einer Inbetriebsetzung der Fabriken kann erst nach Wiederherstellung der internationalen Handels- und Verkehrsordnung gesprochen werden, die wohl im Juli nach Unterzeichnung des Weltfriedensvertrags dauernde Form annehmen könnte. Die Regierung beabsichtigt daher, die herannahende Frühjahrszeit für Eisenbahn- und Straßenbauten zu benützen, um auf diese Weise den nach Tausenden zählenden Arbeitslosen Verdienst und ablenkende Beschäftigung zu bieten. Der Lódzer Magistrat hat bereits einen Vorschlag ausgearbeitet, betr. Errichtung eines Hafens an der Weichsel. Zu diesem Zweck soll eine 65 Kilometer lange Bahnstrecke über Kutno nach Włocławek gebaut, wobei annähernd 1400 Lódzer Arbeitslose Beschäftigung finden werden. Außerdem will Oberbürgermeister Skulski, dessen Wort bei der Warschauer Regierung viel gilt, eine Reihe anderer Entwürfe, die die Heranziehung von Arbeitslosen zu lohnenden öffentlichen Unternehmungen zum Ziele haben, den in Frage kommenden Ministerien zur Bestätigung vorlegen. Fabianice beabsichtigt den Bau einer schmalspurigen Eisenbahn nach Łask, um der unerträglichen Arbeitslosigkeit zu steuern.

Der Landtag, der soeben zusammengetreten ist, wird die Riesenaufgabe haben, Mittel und Wege ausfindig zu machen, um die Wunden zu heilen, die die dreieinhalbjährige Okkupationszeit dem Lande geschlagen hat. Nur ein Zusammenhalten aller Parteien und das Entgegenkommen einer flügeln Regierung wird dem Lande und seinen Angehörigen den inneren Frieden bringen, der als Voraussetzung zur Abwehr feindlicher Einfälle von innen und außen gilt.

a. t.

Neue Straßenkämpfe in Berlin.

6 Tote, 14 Verwundete.

Das Zentrum Berlins war am vorigen Sonnabend wieder die Stätte von Schießereien, die leider auch mehrere Todesopfer gefordert haben. Die Ursache der Kämpfe, die zwar nicht in einem direkten Zusammenhang mit den Spartakisten zu bringen sind, aber immerhin auf die von diesen verbreitete Propaganda zurückgeführt werden dürfen, liegen in den eigenartigen Verhältnissen, die sich nach der Revolution in der Gegend der Pfandländer, in der Neuen Schönhauser Straße und der Weinmeisterstraße entwickelet haben. Namentlich in der Weinmeisterstraße hat sich ein geradezu allen Gezeiten hohesprechernden Schleicherhandelsverkehr mit allerhand Waren entwickelt, die, wie die Polizeibehörde wohl mit vollem Recht annimmt, zum großen Teil auf unrechlichen Wegen erworben sind. Die Versuche, diesen Handel zu unterbinden, waren vergeblich, und so schritt Militär ein, um die Händler, die eine Gefahr für die Bevölkerung bilden, unschädlich zu machen und in dieser Gegend, von der bekannt war, daß sie noch einige Spartakus-Nester beherbergt, nach Waffen zu suchen. Als einzelne Truppenabteilungen anrückten, wurden sie von etwa 400 Personen umringt. Es kam zu einem kurzen Feuergefecht, in dessen Verlauf die Menge versuchte, die Soldaten zu entwaffnen. Auf Autolastwagen wurden rasch Verstärkungen herangezogen, denen es gelang, die Menge abzurängen und die Münzstraße abzusperren.

Unterdessen spielte sich in der Weinmeisterstraße in der Sophienschule ein zweiter Kampf ab. Gegen 1 Uhr mittags hatte dort eine Abteilung der Garde-Schützendivision die Sophienschule besetzt und dort Maschinengewehre aufgebaut. Plötzlich drang eine Menge von halbwüchsigen Burschen und anderen verächtlichen Elementen gegen die Schule vor. Unter den Rufen: „Nache für Siebzehn!“ und „Nieder mit den Regierungsschäfrichtern!“ erzwang sich die Menge den Eintritt. In der Aula des Gebäudes kam es zu einem Handgemenge. Die Sol-

daten drangen mit dem Gewehrholzen auf ihre Verbrüder ein, schlugen eine große Anzahl nieder und drängten den Rest auf die Straße zurück. Hierbei wurden 12 Angreifer festgenommen.

Fast zur gleichen Zeit geriet in der kleinen Hamburger Straße eine Kompanie des Augustaregiments mit einer anderen Bande von widerpenstigen Händlern in Kampf. Als die Kompanie zur Besetzung der Straße heranrückte, wurde sie mit Steinwürfen empfangen. Die Aufforderung des Führers an die Menge wurde mit Hohnrufen und mit neuen Steinwürfen beantwortet. Auch der Führer der Kompanie wurde an der Stirne durch einen Steinwurf verletzt. Er gab nun den Befehl zu feuern. Hierbei wurden zwei Personen getötet und eine Anzahl schwer verletzt.

Am Nachmittag wiederholten sich die Kämpfe. Die Truppen hatten, nachdem sie sich der Menge erwehrt hatten, die Hausforschungen befehlsgemäß vorgenommen und auch eine große Anzahl Waffen beschlagnahmt. Bei diesen Hausforschungen gelang es den Truppen, auch die gesuchte Falschmünzerwerkstatt auszuheben, die mit modernen Hilfsmitteln ausgerüstet war. Vor allen Dingen sind Platten für Fünfzigmarkscheine gefunden worden, die auf der linken Seite des Scheines kleine Fehler aufwiesen. Vier Falschmünzer wurden unter sicherer Bedeckung abgeführt.

Auch von den Dächern der Weinmeisterstraße wurden einzelne Schüsse auf die Soldaten abgegeben. Als sich die Truppen bereits in der Kaiser-Wilhelm-Straße gesammelt hatten, wurden plötzlich zwei Schüsse aus der Menge gegen sie abgegeben. Sofort stürmten Regierungstruppen mit Handgranaten und mehreren Maschinengewehren herbei und gaben einige blonde Schüsse ab, um die Menge zu zerstreuen. Diese war inzwischen auf annähernd 1000 Personen angewachsen und nahm eine drohende Haltung gegen die Regierungstruppen an. Wieder kam es zu einem Handgemenge zwischen den Regierungssoldaten und den Anführern, wobei den Soldaten eine Anzahl von Gewehren und ein Maschinengewehr entfielen. Den Truppen gelang es aber, das Maschinengewehr nach kurzen Kampf zurückzuerobern. An der Ecke der Invaliden- und Brunnenstraße kam es zu einem neuen Straßenkampf. Eine Anzahl scheinbar unbewaffneter Soldaten, darunter auch ein Matrose, sowie mehrere Zivilpersonen, schlichen sich an dem Zuge längs der Häuser einzeln vorbei, sammelten sich plötzlich und fielen unvermutet über die legitime Abteilung der Regierungssoldaten her, um sie zu entwaffnen. Sie feuerten aus Revolvern auf die Truppen, die ihrerseits das Feuer erwiderten. Dabei ereignete sich ein Zwischenfall. Ein Matrose versuchte eine Handgranate unter die Regierungstruppen zu werfen. Die Granate entglitt aber seiner Hand und fiel vor seinen Füßen nieder, wobei sie explodierte. Der Matrose wurde dabei durch seine eigene Waffe buchstäblich in Stücke gerissen.

Durch die Schüsse der Regierungssoldaten wurden leider auch sechs Personen getötet. Die Zahl der Verwundeten soll 14 betragen. Auch einige Regierungssoldaten wurden verwundet.

Lokales.

Lódz, den 13. Februar.

Betrachtung zum Vorfall in der Wählerversammlung.

Ein Menschenleben vernichtet! Eine Frau, umhegt von der Liebe des Gatten, ist Witwe geworden, ein Kind wächst ohne die Fürsorge des Vaters und Ernährers heran! Nach dem Gatten und Vater befragt, werden Mutter und Kind in nie verlöschender Bitterkeit sagen: er ist uns grausam entflossen worden.

Chrenwerte Männer, die durch eifrige Erfüllung ihrer bürgerlichen Pflichten zu Leitern einer Versammlung berufen wurden, sieden in Haft. Gewiss wird bald ihre Unschuld sich erweisen, wird bald die Stunde schlagen, da sie frei werden, aber doch haben sie und ihre Angehörigen Sorge tragen müssen.

Und warum dies alles? Weil ein Häuflein von kommunistischen Ideen erfüllten Menschen in der Stunde eines gegnerischen Sieges in wilde Erregung kam und die Besinnung verlor, als ein zur Aufrechterhaltung der Ordnung anwesender Beamter die Waffe seien ließ! Und es kann nur dies eine zur Entschuldigung gesagt werden, daß die Hänger der Kommunisten den in Zivilkleidung befindlichen Beamten nicht als solchen erkannten. Vielleicht war es auch unvorsichtig, mit der Waffe in der Hand einer Menge von Leuten entgegenzutreten, die, angefeuert durch die Revolutionsheldenstaaten in anderen Ländern, seit Monaten wie im Taumel sind.

Nun aber nach der Beantwortung der Frage, warum dies alles kam, folge die unerlässlich notwendige Feststellung, daß für die nach der offiziellen Beendigung der Versammlung sich abspielende Tragödie weder die einberufende Partei, noch die Leiter der Versammlung, noch gar die deutsche Gesellschaft verantwortlich sind!

Mit berechtigter Sorge hat die deutsche Deffentlichkeit das Auftreten und immer ungestümere Treiben der Kommunisten in den Wählerversammlungen beobachtet, auch in unserem Beiträtskampf am Sonnabendmorgen (also vor dem blutigen Auftakt) kam dies zum Ausdruck. Ablehnend hat sich die Masse der deutschen Arbeiter und Angestellten gegen die Kommunisten verhalten! Nur eines, was in der Zeit der Versammlungsfreiheit auch schwer zu verwirklichen schien, war nicht geschehen: den Kommunisten war der Zutritt zu den öffentlichen Versammlungen nicht verwehrt worden.

Und zwar vor allem deshalb nicht, damit sie den Arbeitermassen nicht klagen könnten, man unterdrücke ihre Anschaungen, weil man sie sachlich nicht widerlegen könne. Man ließ sie sprechen: die deutschen Arbeiter sollten sich selbst ein Urteil bilden! Nun, nach dem Vorkommnis am Sonntag, ist freilich erkennbar, daß es in der bisherigen Weise nicht weitergeht. Wer die Freiheit mißbraucht, der darf sich nicht wundern, wenn man ihm das Fernbleiben aus der Gesellschaft ordnungsliebender Menschen nahelegt. Der Tod eines seiner Brüder getreuen Mannes, der Jammer seiner Hinterbliebenen und auch die Verhaftung anständiger Männer, alles wegen der Terrorregierung und der Unruhstiftung einer Gruppe von Menschen, das sind Vorgänge, aus denen es Lehren ziehen heißt!

Nun doch eines. Diejenigen polnischen Blätter, welche durch die Art ihrer Berichterstattung die Schuld an dem traurigen Vorfall der deutschen Gesellschaft oder wesentlichen Teilen derselben zuschreiben, sind nahe daran, ein Unrecht zu begehen. Die sogenannten Lódzer deutschen Kommissärs sind genau so wie die Bolschewisten und Spartacists, genau so wie die polnischsprechenden Kommunisten in Lódz, ausgesprochene Anhänger der Internationale. Daß sie Versammlungen deutscher Wähler heimsuchen, beweist nicht, daß sie mit der übrigen deutschen Gesellschaft irgend einen Zusammenhang haben, es hat seinen Grund lediglich darin, daß es in Lódz viele tausende deutschsprechender Arbeiter gibt, unter denen die Kommunisten zu verbergen suchen. Jedenfalls wäre es eine sehr fühlige Kombination, die nationalen Selbstbehaltungsbestrebungen unserer deutschen Minderheit in Verbindung zu bringen mit den internationalen weltrevolutionären Gedankengängen der Kommunisten.

Der Vorfall am letzten Sonntag konnte sich auch in jeder anderen Versammlung ereignen, er zeigt, daß es eine wichtige Aufgabe ist, dafür zu sorgen, daß die politische Wildheit nicht weitere schuldelose Opfer fordert.

L.

Berichtigend bemerken wir, daß Herr Müller nicht verhaftet worden ist.

Für die Hinterbliebenen des Polizeibeamten Ruskowski

sind auf unseren gestrigen Aufruf hin nachstehende Gaben zugegangen:

Von Herrn Emil Putti anstelle eines Kranzes auf das Grab der Frau Anna Schweißert geb. Nippe . . . M. 15.—
Von Herrn E. M. 20.—
Von den Brüdern Alexander und Artur Schicht anstelle eines Kranzes auf das Grab des Herrn Alfred Oskar Hessen 25.—
Als Ergebnis einer von Herrn Adolf Müller veranstalteten Sammlung . . . 27.—
Von dem Direktorium des Luisenzyums . . . 50.—
Von Herrn R. 1.—
Mit dem bisherigen 20.—

Zusammen M. 158.—

Herrlichen Dank! Zur Annahme weiterer Spenden sind wir gern bereit.

Die Bestattung

des von der Hand eines Kommunisten am Sonntag gefallenen Oberpolizisten des 7. Kommissariats Ignaz Rutzowski gestaltete sich gestern zu einer eindrucksvollen Trauerfeier. Um 9 1/2 Uhr vormittags erschienen in der Radmannstraße vor dem Hause 53, in welchem der Verstorbene wohnte, gewesen und seine Leiche aufgebahrt war, die verschiedenen Abordnungen der hiesigen Militär- und Zivilbehörden, Vertreter von Vereinen und sonstigen Institutionen und ordneten sich zu einem langen Trauergange. Nach einer von drei Geistlichen im Trauerhause gehaltenen Trauerandacht wurde der schwarze Sarg, auf welchem eine Polizeidienstmütze und ein Degen lagen, von Polizisten auf einem schwarzen Wagen, mit vier Pferden bespannt, aufgebahrt, worauf sich der Leichenzug durch die Radmanns- und Petrikauerstraße nach der St. Stanislaus-Kirche zu in Bewegung setzte.

Im Zuge bemerkten wir außer dem vorerwähnten Delegationen auch eine aus 20 Mann bestehende Abordnung der Lódzer freiwilligen Feuerwehr mit dem Brandmeister Herrn Adolf Volkmann an der Spitze, den polnischen Messes-Chor der St. Stanislaus-Kirche, dessen Mitglied der Verstorbene war, mit seinem Dirigenten Herrn Wladyslaw Wasarew, den deutschen Kirchengesangverein „Hieronymus“ genannte Kirche, beide Vereine mit ihren Fahnen. Alle 19 Delegationen trugen Kränze aus lebenden Blumen. Im Zuge vor dem Leichenzug schritt die vor kurzem gegründete Polizeimusikkapelle mit ihrem Dirigenten, Herrn Wladyslaw Ułas, die abwechselnd zwei Trauermärsche spielte. Von beiden Seiten des Leichenzugs, der von berittenen Polizisten eröffnet wurde, bildeten Schutzleute Spalier und hielten unter der zahlreich herbeigeströmten Menschenmenge die Ordnung in musterhafter Weise aufrecht.

Als der Leichenzug in die Petrikauer Straße ein bog, kam ihm Prälat Tymieniecki entgegen und schloß sich der Geistlichkeit an. Vom Glockenturm der St. Stanislaus-Kirche leitete das Geläute der Sigmund-Glocke ein. In der Kirche wurde der Sarg im Hauptschiff unter brennenden Kerzen und tropischen Ziervasen aufgestellt, worauf der Trauergottesdienst begann. Er wurde vom Prälaten Tymieniecki unter Assistenz einer zahlreichen Geistlichkeit gehalten. Prälat Tymieniecki hielt auch die Trauerrede von der Kanzel. Um 12 Uhr mittags fand der Trauergottesdienst sein Ende.

Der Zug bildete sich wieder und nahm seinen Weg durch die Petrikauer, Benedikten-, Kosciuszko-, Petrikauer, Zielona, Konstantyn- und Cmentarnastraße zum alten katholischen Friedhof. In der Kosciuszko-Allee 1, in welchem Hause sich das Hauptpolizeiamt befindet, hielten vom Balkon aus der Sarg von der Geistlichkeit eingesegnet und der Erde übergeben worden war, sprachen drei Geheimratse und ein Delegierter der Reservepolizei Ansprachen an die Trauerversammlung.

Am Grabe hielten die beiden Stadtverordneten Włodzimierz und Piotrowski Ansprachen. Nachdem der Sarg von der Geistlichkeit eingesegnet und der Erde übergeben worden war, sprachen drei Geheimräte über das frische Grab.

Hoffen wir, daß das erste Opfer des uns vom Osten bedrohenden Bolschewismus auch das letzte in unserer Stadt sein wird!

Nur doch eines. Diejenigen polnischen Blätter, welche durch die Art ihrer Berichterstattung die Schuld an dem traurigen Vorfall der deutschen Gesellschaft oder wesentlichen Teilen derselben zuschreiben, sind nahe daran, ein Unrecht zu begehen.

Musterung der gestellungspflichtigen Aerzte. Am gestrigen Tage fand im Kreismando die Musterung der durch einen Erlass des Staatschefs mobilisierten Aerzte statt. Die Musterung umfaßte die bis 35 Jahre alten Aerzte der Stadt Lódz und der Kreise Lódz, Łask und Brzeziny. Die Gesamtzahl der Aerzte in diesem Alter beträgt 52, von denen nur einer sich freiwillig zur Musterung nicht einfand. Die Kommission wurde vom Oberst Olszewski geleitet, außerdem assistierten vier Offiziere, die bei der Kommission die Kanzleiarbeiten besorgten. Die ärztlichen Gutachten gab ab: Dr. Tarczynski und der von der Stadtbehörde begeordnete Zivilarzt Dr. Kopciński. Die militärische Musterung leitete der Vertreter des Kommandanten Leutnant Wasowicz. Im Namen der Stadt Lódz nahm Ing. Galaska in der Kommission teil, im Namen des Lódzer Kreises Herr Jan Augustowski und im Namen des Lászer Kreises die Herren Felicjan Włodzimierz und Anton Olszewski. Für untauglich wurden 2 Aerzte befunden. Für z. B. untauglich einer. Für den Frontdienst wurden 21 und für den Hospitaldienst 27 — zusammen 48 — für tauglich befunden.

Einberufung der Tierärzte. Der amtliche „Monitor Polski“ drückt den folgenden Erlass über die Einberufung der Tierärzte bis zum 45 Lebensjahr zum aktiven Heeresdienst ab: „Für die Kriegszeit ordne ich die Einberufung aller diplomierten Tierärzte in dem Gebiet des polnischen Staates, die das 45. Lebensjahr nicht überschritten haben, in den aktiven Heeresdienst an. Alle Tierärzte, die der Einberufung unterliegen, sind verpflichtet, sich bis zum 20. Februar bei den örtlichen Kreisergänzungskommandos zum Zwecke der Registrierung zu melden. Die einberufenen und registrierten Tierärzte, die wichtige öffentliche Pflichten haben, können nach Maßgabe der Möglichkeit, auf Antrag des Ministeriums für Landwirtschaft und Reichsdomänen vom aktiven Heeresdienst freigestellt werden.

Stadtverordneten-Versammlung. Die Dienstagssitzung der Stadtverordnetenversammlung fand infolge des Fehlens von nur 2 Mitgliedern zum notwendigen Quorum nicht statt. Nachdem der Vorsitzende Dr. Tomaszewski, den im Saal Anwesenden dies bekanntgegeben hatte, gab er seinem Bedauern darüber Ausdruck, daß aus Anlaß der Nachlässigkeit einiger Stadtverordneten bereits die dritte Versammlung nicht zustande kommt. Hierauf gesuchte Dr. Tomaszewski des geschicklichen Augenblicks der Gründung der Beratungen des verfassunggebenden Landtags in Warschau und schlug die Entsendung einer Huldigungssrede vor. Alle Stadtverordneten stimmten dem zu. Bürgermeister Kernbaum und der städtische Hauptingenieur Schönfeld bat, die Huldigung gleichzeitig im Namen des Magistrats auszuprächen. Es wurde eine Deputie folgenden Inhalts abgesandt: „An den Herrn Marschall des Landtags. Um den würdigen Tage der Auferstehung des Vaterlandes vom Tode, senden wir dem ersten aus der Allgemeinheit berufenen Landtag die Wünsche für eine möglichst fruchtbare Arbeit zum Nutzen, zur Entwicklung und zum Ruhme der Republik. Es lebe der Landtag! Die Stadtverordnetenversammlung und der Magistrat der Stadt Lódz.“

Zu den Stadtverordnetenwahlen. Dem Hauptkomitee wurden bereits 2 Vorschlagslisten eingereicht und zwar eine (Nr. 1) der P. P. S. und die zweite der „Jüdischen Volkspartei“.

Der städtische Kreditverein hat bereits das erste Darlehen nach dem Krieg in der Höhe von 100 000 Rbl. in Pfandbriefen erteilt. Dieser Tage wird die Gewährung von neuen Darlehen erfolgen.

Ein Befehl des Militärmusikanten. Generalleutnant Osiński erließ nachstehenden Befehl: „Auf Grund eines Dekrets des Chefs des Staates wurde der 10. Februar zum Nationalfeiertag bestimmt. An diesem Tage eröffnete der Chef des Staates den ersten polnischen Landtag. Dieser Akt kennzeichnete die völlige Befreiung des polnischen Staates nach den 125 Jahren schwerer Knechtlichkeit und der Vereinigung nach der Besetzung Polens in 3 Teile. Drei Kolosse: Russland, Deutschland und Österreich, die mit aller Macht, die losgerissenen Teile des polnischen Staates bedrücken, sind vernichtet worden und das freie Polen, das die Freiheit und Unabhängigkeit des Wortes, Gedankens und der Tat erhalten hat, atmete in dem entstehenden Landtag frei auf. Soldaten! Seid essen eingedenkt, daß wir unser Land nur dann regieren und die Aufgaben des Landtags nur dann werden ausführen können, wenn die Grenzen Polens, die heute von allen vier Seiten bedroht werden, durch ein starkes und mächtiges Herr geschiützt werden. Vereinigt wir alle Kräfte, damit wir wirklich dieses starke Heer bilden, das dem Vaterlande eine ruhige Arbeit ermöglichen wird.“

</

seinen, Kos-
inosa-
friedhof-
use sich
Balon
hef der
ordnete
vepolizei
ordneten
. Nach-
net und
rei Ge-
ns vom
lechte

Personliches. Der Erste Bürgermeister Zug-
Skulski ist bereits aus Warschau zurückgekehrt.

Schulangelegenheiten. Am Freitag findet eine Sitzung der Schuldeputation statt, in der die laufenden Angelegenheiten zur Erledigung gelangen werden. Heute findet eine Sitzung der Aerzte-Hygieniker statt. — Die bei der Schuldeputation bestehende Kommission für Schullokale sucht neue Schullokale zu mieten. Angebote nimmt die Schuldeputation entgegen. — Die auf den 10. Februar anberaumt gewesene Sitzung des Schulrates ist infolge des Nationalfeiertages auf den nächsten Montag verlegt worden.

Die Bezirksärzte. Der Magistrat beschloß, die Ämter der Bezirksärzte, die zum Militärdienst einberufen worden sind, für diese offen zu halten, sofern ihre Vertreter sich verpflichten, daß sie nach der Entlassung der Einberufenen aus dem Heere wieder treten werden.

Bermessungsarbeiten. Der Magistrat beschloß, dem Landmesser Jasiński die Vermessung der Umgegend des Bettels des Flusses Jasien vom Eisenbahndamm bis zum Dorfe Lubliniec (gegen 450 Hektar) und die Anfertigung entsprechender Pläne zu übertragen.

Versammlung des Arbeiterrats. Am Dienstag abend fand im Konzertsaale in der Zielnistrasse die Fortsetzung der Volksversammlung der Delegierten des Arbeiterrats statt. Sie wurde um 8 Uhr abends vom Vorsitzenden Herrn Seidel (Kommunist) eröffnet. Die Vertreter des Nationalen Arbeiterverbandes (N. Z. R.) verlangten die Verschiebung der einzelnen Punkte der Tagesordnung und die sofortige Verlelung des Berichts der Mandatkommission. Der erste Punkt der Tagesordnung (Wahl eines Exekutivkomitees) sollte erst an zweiter Stelle zur Besprechung gelangen. Die Delegierten der Polnischen Sozialistischen Partei und der Kommunistischen Partei sprachen sich dagegen aus. Durch Abstimmung wurde der Antrag der N. Z. R. abgelehnt. Infolgedessen erklärten Delegierte verschiedener Gruppen, die dem N. Z. R. nahe stehen, daß sie sich der Wahl enthalten würden. Es wurde nun zu den Wahlen des Exekutivkomitees geschritten, wobei jede von den 5 Parteien (mit Ausnahme des N. Z. R.) dem Präsidium eine Vorschlagsliste überreichte. Die Abstimmung hatte folgendes Ergebnis: Auf die Liste Nr. 1 (P. P. S.) fielen 204 Stimmen; die Liste Nr. 2 (Kommunisten) 157; Liste Nr. 3 (Bund) 83; Liste Nr. 4 (Poale Zion) 75; Liste Nr. 5 (jüdisch-sozialistische Arbeiterpartei „Vereinigte“) 8 Stimmen. Der Vorsitzende wünschte dem Exekutivkomitee Erfolg.

Man ging nun zur Beratung der Arbeitslosenfrage über. Als erster Redner trat der Kommunist Wawrzynski auf. Er analysierte die Frage der Arbeitslosen und forderte sie auf, eine entschlossene Stellung einzunehmen. Der Kommunist Seidel glaubte, daß die Arbeitslosenfrage durch keine Geldmittel entschieden werden kann, sondern nur durch die Diktatur des Proletariats. In derselben Tonart werden auch die Reden der anderen Kommunisten gehalten. In dem Saal erörterten Käufe „Nieder mit dem Bolschewismus! Nieder mit Trotzki! Nieder mit den bolschewistischen Agitatoren!“ Redner Klimaszewski (P. P. S.) wies darauf hin, daß als bestes Mittel die Abwendung eines Aufsturzes an die sozialistischen Abgeordneten im Landtag angesehen werden müsse. Redner Bajkrowski (P. P. S.) sprach gegen die Kommunisten und wies darauf hin, daß im bolschewistischen Ausland die Arbeitslosigkeit nicht abnehme, sondern im Gegenteil sich immer vergrößere. Herr Kern (N. R. R.) verlangte gleichfalls die Ausrufung des Landtags in der Arbeitslosenfrage. Es wurde eine Entscheidung gefaßt, wonach am nächsten Sonntag an verschiedenen Punkten in Lódz Arbeiterversammlungen in der Arbeitslosenfrage zu veranstalten seien.

Die Versammlung wurde gegen 12 Uhr nachts geschlossen. Die Versammelten verließen den Saal unter dem Gesang des Liedes „Die Rote Fahne.“

*
Am Sonnabend um 7 Uhr abends findet im Magistratgebäude eine Sitzung des Komitees für Arbeitslose statt.

*
Der Wahlauschuss der Vereinigung der deutschen körperlichen und geistigen Arbeiter bittet uns mitzuteilen, daß er neben dem Hauptbüro in der Glownastrasse 19 zwei Zweigbüros in der Alexanderstrasse 23 und Petrusauer Strasse 283 eröffnet hat.

*
Am Dienstag abend fand eine Versammlung des jüdischen orthodoxen Wahlkomitees statt, in der die Kandidatenliste aufgestellt wurde. Als erste Kandidaten werden bezeichnet die Herren: Schloim Bialer, Mendel Krasucki, Leibl Minzberg.

*
Am Montag fand eine gemeinsame Beratung der jüdischen Mitglieder der beiden Hausbesitzervereine statt, in der auf die besonderen Interessen hingewiesen wurde, die die Hausbesitzer in der Stadtverordnetenversammlung zu verteidigen haben, und beschlossen, Hausbesitzer in die Stadtverordneten-Versammlung zu wählen. Es wurde ein jüdisches Hausbesitzer-Wahlkomitee gegründet, das die Aktion bei den kommenden Stadtratwahlen leiten soll. Ein aus mehreren Herren bestehendes Präsidium wurde gewählt.

Bantontenfälcher. In der Wohnung einer gewissen Wanda Rohrer in der Dlugajstrasse 105 entdeckte die Polizei ein ganzes Lager falscher 50-Mark-scheine.

Die Tätigkeit der billigen Küchen. Im Januar waren 44 christliche und 23 jüdische billige Küchen tätig. Es wurden 1 273 705 Mittagessen (im Durchschnitt 42 457 täglich) verabfolgt; die Küche Nr. 2 und 77 verabfolgten 15 680 Portionen Grünkohlkleine. Die Zuflüsse des Magistrats betragen 309 654 Mark. Die Küchen erhielten außerdem 7 010 Mark für Miete, wirtschaftliche und dergl. Ausgaben.

Zur Anschaffung von neuen Glocken für die St. Johannis Kirche

findet uns auf unseren Aufruf hin noch folgende Spenden zugegangen:

Gefämmelt während einer Familienfeierlichkeit im Hause Kinsler von den Enkelkindern M. 26.—

Besten Dank! Weitere Spenden werden wir gern weiter leiten.

Für das Kriegswaisenhaus

im Monopolgebäude sind in der Geschäftsstelle der „Lodzer Freie Presse“ neuerdings eingegangen:

Von Herrn G. M. M. 20.—

Mit den bisherigen „ 27.—

M. 47.—

Herzlichen Dank! Weitere Spenden werden wir gern weiterleiten.

Für den christlichen Wohlfärtigkeitsverein

findet uns übermittelt worden:

Von den Brüdern Alexander und Artur Schicht anstelle eines Kranzes auf das

Grab des verstorbenen Alfred Hessen M. 25.—

Besten Dank! Zur Annahme weiterer Gaben

findet uns gern bereit.

Für Kołanówka

findet in der Geschäftsstelle der „Lodzer Freie Presse“ folgende Spenden eingegangen:

Anstelle eines Kranzes auf das Grab

der verstorbenen Frau Anna Schweikert, geb. Kippe, von Amalie Schweikert M. 50.—

Robert Schweikert „ 50.—

Oskar Schweikert „ 50.—

Mit den übrigen „ 26.50

Busammen M. 176.50

Den Spendern besten Dank! Weitere Gaben werden wir gern an die Leitung der Heilanstalt führen.

Theater und Konzerte.

Thalia-Theater. Man schreibt uns: Am Donnerstag und Freitag, abends 7 Uhr wird die erfolgreiche „Reise um die Erde in 40 Tagen“ wiederholt. Am Sonnabend, nachmittags 3 Uhr wird die lustige Operette „Glücksschwalben“ auf allgemeinen Wunsch, als einmalige Wiederholung zu 5 Einheitspreisen gegeben.

Verlegter Klavierabend Karl Schröter. Man schreibt uns: Das für heute angekündigte Konzert von Karl Schröter muß infolge der Krankheit des Künstlers leider verlegt werden. Der Tag des Konzertes wird in den nächsten Tagen bekanntgegeben werden. Die gelösten Karten behalten ihre Gültigkeit.

9. Symphonie. Uns wird geschrieben: Am Montag, den 17. d. M. findet unter Leitung von Br. Schulz die Aufführung der neuesten Symphonie von Beethoven statt. An der Aufführung nehmen die berühmten Chöre des Gefangengesangs „Hospitium“, und die hervorragenden Künstler der Warschauer Oper: Compte Wilgocka, H. Leska, Adam Dobosz, L. Recht leben teil. Die Direktion ist bemüht, dieses epochale Werk würdig aufzuführen. Die 9. Symphonie wird ohne Zweifel den Höhepunkt der Konzertzeit bilden. Karten sind in der Leihbibliothek von Alfred Strauch, Zielnistrasse 12, zu haben.

Beethoven-Zyklus. Man schreibt uns: Das sechste Konzert im Beethoven-Zyklus findet am Sonntag, den 16. d. M., unter Leitung von Br. Schulz statt. Es ist der Direktion gelungen, den in Lódz bekannten Leiter Prof. Jan Wolanek, der bei uns auf einem der letzten Symphoniekonzerte mit großem Erfolg auftrat, für ein Auftritt zu gewinnen. Herr Wolanek wird das Violinkonzert D-dur mit Orchesterbegleitung zum Vortrag bringen. Außerdem wird das Orchester die 6. Symphonie, die neben der 3. Symphonie, „Eroica“ genannt, die hervorragende Verteilung der Programmmusik ist, aufführen. Das Konzert wird durch einen literarischen Vortrag des Ing. A. Goldberg eingeleitet. Karten sind in der Leihbibliothek von Alfred Strauch, Zielnistr. 12, zu haben.

Kinotheater „Luna“. Der gegenwärtig im „Luna“ zur Aufführung gelangende Film „Die Sieger im Weltkrieg“ führt uns die letzten großen Kämpfe vor dem Waffenstillstand vor: Infanterieangriffe aus nächster Nähe mit vorangegangenem Trommelfeuern, Angriffe der wie vorangegangene Ungeheuer anmutenden Stabsleitungen — der Tanz: während des Sperrfeuers sowie der an einem Abhang tobenden Handgranatenkampf. Die Schlachtfelder, über die soeben die Kriegsfürse hinwegbrausen, bringen uns das unermessliche Elend, den blutigen Hammer dieses beispiellosen Krieges so recht zum Bewußtsein. Eindrücksvoll ist der begeisterte Empfang der alliierten Truppen in den vom Feinde besetzten Gebieten. Die Befreiung der polnischen Armee in Frankreich und ihres Führers des Generals Haller, die Einhandlung der Fahnen an die Geschlechter der Armeen durch den Präsidenten Poincaré, und die Parade dieser Truppen lassen das Herz eines jeden polnischen Bürgers höher schlagen. Kein Wunder darum, daß das Kino stets ausverkauft ist.

Vereine und Versammlungen.

Der Männergesangverein „Eintracht“ hat zu seinem Dirigenten den Kapellmeister Herrn Frank Pohl berufen.

Der Verband der Kriegsverletzten lädt alle Invaliden, die von einer militärischen Kommission untersucht wurden und darüber einen Ausweis beibringen können, zu einer Versammlung ein, die am 16. Februar pünktlich um 2 Uhr nachmittags in der Speisehalle von Geyer, Petrusauer Str. 301, stattfinden wird.

Eingesandt.

Unter dieser Rubrik veröffentlichen wir Ansichten unserer Leser, auch wenn diese mit der Richtung unseres Blattes nicht übereinstimmen.

Wir werden um Aufnahme nachstehender Zeilen ersuchen:

Am 6. Februar meldeten die Blätter aus Warschau, daß in der Ministerratsitzung vom 4. Februar die Beisetzung der deutschen Schulen mit deutscher Unterrichtssprache projektiert worden wäre.

Ein hiesiges in deutscher Sprache erscheinendes Blatt machte in einem eigenen Zusatz zu obiger Meldung irreführende Mitteilungen über hiesige deutsche Schulen, die einer Verichtigung bedürfen.

Die Zeitung schrieb u. a.: Da in dem Telegramm gesagt ist, deutsche Schulen mit Deutscher Unterrichtssprache, so darf man wohl annehmen, daß es sich um solche Schulen handelt, die von den Oktupanten gegründet oder begünstigt, zum Preuß. Ministerium in Beziehungen standen“.

In dieser Bemerkung müssen wir Anwürfe gegen eine Schule erblicken, die allerdings im Kriege entstanden ist, weil ihre Entstehung einem dringenden Bedürfnis entsprach. Denn wer weiß nicht mehr, daß unsre Kinder hier zu hunderten ohne Schule herumließen, als die russischen Lehranstalten ihre Pforten geschlossen hatten. — Da gründeten hiesige Bürger und Bürgerinnen 1916 das Maedchenlyzeum in der Sienkiewiczstrasse. Noch heute wird diese Schule von einem Verein beaufsichtigt und unterhalten. Will der Redakteur jener Zeitung nun etwa die 400 Mitglieder dieses Vereins zu Oktupanten stempeln? Am Ende sind die 500 Kinder der Schule auch Oktupanten? Es mög mit aller Entschiedenheit jene Bemerkung zurückgewiesen werden, daß die Schule von den Oktupanten gegründet worden sei.

Eine ernste Zeitung sollte in so ernsten Dingen keine unrichtigen Behauptungen aufstellen.

Besonders die Anmerkung, daß hiesige deutsche Schulen „zum Preußischen Ministerium in Beziehungen standen“, ist völlig aus der Luft gegriffen und scheint nur dazu angelegt, zwei deutschen Mittelschulen hier zu schaden.

Wenn das Deutsche Gymnasium und das Mädchenslyzeum länger unter der Aufsicht der deutschen Schulbehörden standen als die andern Schulen am Orte, so mög bedacht werden, daß dafür nicht etwa die hiesigen Eltern oder gar die Schule verantwortlich zu machen sind, sondern daß derartige Entscheidungen doch wohl die Oktupationsbehörden getroffen haben.

Im Interesse der so notwendigen Einmütigkeit der hiesigen deutsch-polnischen Bürgerschaft wäre es zu wünschen, daß in Zukunft ähnliche Ausfälle auf bewährte Kulturstituationen unterbleiben. — r.

Die Sonntagsversammlung der geistigen und körperlichen Arbeiter, die im großen Saale des Männergesangvereins stattfand, hat es uns abermals bewiesen, wie wenig Sinn die breiten Massen unserer Volksgenossen für die Notwendigkeit eines gemeinsamen Zusammensehens und überhaupt für all die Fragen, die uns und unser Leben hierzulande betreffen, übrig haben. Obwohl man sagt, daß das Heil eines jeden Volkes nur aus ihm selbst kommt, möglichen wir uns dennoch die Frage stellen, wer denn eigentlich die Schuld an diesem Nebel, daß das Lódzer deutsche Proletariat allem, was nur auf das Bürgerliche hindeutet, so mißtrauisch begegnet. Es gibt darauf nur eine Antwort und zum Leidwesen derjenigen Herren, die sich Demokraten nennen wollen, sei es gesagt, daß hier keine anderen, als die vornehmen und gebildeten Gesellschaftskreise, die immer in höheren Regionen schwelten und es niemals für nötig hielten, mehr Wurzel in den Schichten des gemeinen Volkes zu fassen, die Schuld daran tragen.

In einer Stadt wie Lódz, wo tausende deutsche Arbeiter wohnen, besteht nicht einmal ein einziger Volksbildungverein, der die Bildung des einfachen Volkes zu heben sucht, und es wurde auch niemals von Seiten der Lódzer deutschen Intelligenz der Versuch gemacht, einen solchen zu gründen. Wir können daher den Vorschlag des Herrn Gymnasiadirektors Jollak, den er uns bereits am vergangenen Sonntag hören ließ, in Lódz eine deutsche Volksuniversität zu eröffnen, nur freudig begrüßen. Die Lódzer deutsche Bevölkerung hat in dem Kampf ums Dasein den höheren Dingen immer recht wenig Interesse entgegengebracht. Es war mehr Sinn für das Gesellige vorhanden. Ganz anders sehen wir es z. B. in Riga. Die dortige deutsche Bevölkerung kann einen gebildeten Mittelstand aufweisen und die Zahl ihrer geistigen Führer ist recht groß. Wenn auch die Verhältnisse im Baltenlande sich anders gestalten, da das dortige Deutschtum auf eine Jahrhundertlange Kultur zurückblicken kann, so sind die Lódzer Deutschen in kultureller Hinsicht immerhin recht weit zurückgeblieben.

Bildungsanstalten für Handwerker und Arbeiter finden wir schon seit Jahrzehnten in den sozial-politisch am weitesten fortgeschrittenen Ländern. In England war es der große Staatmann Lord Henry Brougham, der sie bereits zu Beginn des vorigen Jahrhunderts einrichtete. In Deutschland waren es Schulze-Delitzsch, Leibnig, Kolle u. a., die in den siebziger Jahren, die Gesellschaften für Verbreitung von Volksbildung gründeten. Auch die Humboldtfakultät in Berlin, die im Jahre 1878 entstand, und die Humboldtvorlesungen reichten recht viel für die Verbreitung der Wissenschaft unter den Arbeitern.

Bürger heran zu bilden ist natürlich nicht das Werk eines Tages, denn nur die Erziehung ist des Menschen höchster Edelstein.

Wir haben bis jetzt geschlafen und es gehört ein kräftiger Stoß dazu, daß wir aus unserem Schlummer erwachen. Organisieren wir uns, und ziehen wir die Lehrerschaft zu Hilfe heraus, halten wir politische Besprechungen ab, erwecken wir in uns und in unseren Volksgenossen den Heimatsinn, die Liebe zu unserer polnischen Heimat, und, was die Hauptsache ist, wahren wir unser Volkstum, denn schon der alte Vater Jahn sagte vor hundert Jahren: Volkstum ist eines Schutzgeistes Weihungsgabe, ein unerschütterliches Volkwerk, die einzige natürliche Grenze.

Oskar Fries.

Konstantynow.

Aus der Umgegend.

Pabianice. Stadtverordnetenwahlen. Das Hauptwahlkomitee hat die Arbeiten zur Wahl unter dem Vorsitz des Bezirksrichters Herrn Josef Osiecki am 10. Februar aufgenommen. Als Mitglieder des Komitees sind die Herren Josef Hans, Teofil Janowski, J. Goldring, Teofil Piechota und Karol Telej tätig. Das Hauptwahlbüro befindet sich im Magistrat und ist täglich nachmittags von 2—6 Uhr zur Auskunft bereit. Das Einschreiben in die Wählerlisten muß in Pabianice jeder Wahlberechtigte selbst erfolgen. Die Einreichung findet seit Montag bis zum 15. Februar einschließlich täglich von 8 Uhr morgens bis 6 Uhr abends in einem der 12 Wahlbüros statt. Wahlberechtigt ist jeder, der das 21. Lebensjahr vollendet hat, polnischer Staatsangehöriger ist und mindestens seit dem 5. August 1918 in der Stadt wohnt. Rückwanderer müssen vor dem 5. Februar in Pabianice gewohnt haben. Gewählt werden kann jeder Bürger, der polnisch liest und schreibt und 25 Jahre alt ist. Die Kandidatenlisten müssen dem Hauptwahlbüro bis zum 28. Februar eingereicht werden.

Kein Bürger deutscher Zunge versäume seine Pflicht als Wähler und eile, sich in die Wählerlisten einzutragen zu lassen. Es gilt den Schutz seiner eigenen Interessen. Vor allem handelt es sich um unsere Schulen, deren Interessen nur unsere Stammmesgenossen vertreten können!

Bukowiec. Gottesdienst. Am nächsten Sonntag, den 16. Februar, wird Herr Pastor Schmidt in der hiesigen Kirche Hauptgottesdienst, verbunden mit der Feier des hl. Abendmahl's abhalten.

Warschau. Zwischenfall mit Abgeordneten. Die Presseabteilung des Ministeriums des Innern teilt mit, daß in der Angelegenheit des Vorfalls mit den Abgeordneten im Lokale der Gardermerie und des Zwischenfalls mit dem Abgeordneten Marcjewski eine strenge Untersuchung

